

## INTERGLOBAL

KOSOVO

# „Ohne Kompromiss kein Frieden“

Boris Kanzleiter

**Statt eine „Lösung“ für den Kosovo zu erarbeiten, bereitet die internationale Diplomatie den Boden für neue Ethnokonflikte.**

Ungewissheit auf dem Balkan. Nach dem Scheitern der Direktgespräche zwischen der serbischen Regierung und den Selbstverwaltungsorganen der Kosovo-Albaner über den zukünftigen völkerrechtlichen Status des Kosovo dominieren Durchhalteparolen. In Belgrad erklärt Premierminister Vojislav Kostunica täglich, seine Regierung beharre unter allen Umständen auf der „territorialen Integrität“ Serbiens. In Pristina hält der designierte Regierungschef der Kosovo-Albaner, der frühere UCK-Kommandant Hashim Thaci, dagegen eisern an der Forderung nach Unabhängigkeit fest.

Trotz der Blockade werden in den kommenden Wochen Entscheidungen erwartet. Am 19. Dezember wird sich zunächst der UN-Sicherheitsrat mit dem Konflikt beschäftigen. Aber auch hier ist eine Übereinkunft unwahrscheinlich. Vor allem die USA insistieren auf eine schnelle Erfüllung der albanischen Forderungen. Russland stellt sich dagegen entschlossen an die Seite Serbiens.

Daher wird in den kommenden Wochen ein Szenario wahrscheinlich, das bisher von allen Seiten als „worst case“ bezeichnet wurde. Die Kosovo-Albaner wollen die Unabhängigkeit vorbei am UN-Sicherheitsrat unilateral erklären. „Wir können kein exaktes Datum nennen, aber es wird sehr schnell passieren“, kündigte Ko-

sovo-Präsident Fatmir Sejdiu an. Neben den USA haben mittlerweile auch die meisten EU-Länder signalisiert, dieses Vorgehen diplomatisch anzuerkennen. Aus Brüssel werden die Kosovo-Albaner allerdings aufgefordert, die Unabhängigkeit erst nach den Präsidentschaftswahlen in Serbien zu proklamieren. Der erste Wahlgang findet am 20. Januar statt, am 3. Februar folgt die Stichwahl.

Mit diesem Vorgehen ist auf dem Balkan ein ernster Konflikt vorprogrammiert. Serbiens Außenminister Vuk Jeremic warnt, dass es „ohne Kompromiss keinen Frieden“ gebe. Die serbische Regierung hat angekündigt, gegen eine einseitige Unabhängigkeitserklärung mit „allen diplomatischen und politischen Mitteln“ vorzugehen. Notfallplanungen sehen unter anderem eine Grenzblockade und die Unterbrechung der Stromversorgung des Kosovo vor. Einzelne Politiker wie der Kostunica-Berater Aleksandar Simic schließen selbst den Einsatz der Armee nicht aus. Die diplomatischen Beziehungen Serbiens zu den USA und der EU werden in jedem Fall einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt.

Brenzlig könnte die Situation vor allem für die noch etwa 150.000 Serben und Roma im Kosovo werden. Serbiens Präsident Boris Tadic kündigte bereits eine „symmetrische Antwort“ auf die Unabhängigkeitserklärung an. Die serbisch dominierten Landkreise könnten ihrerseits die Unabhängigkeit von einem unabhängigen Kosovo erklären. Somit würde sich ein Szenario wiederholen, das aus Kroatien und

Bosnien-Herzegowina am Beginn der Neunzigerjahre bekannt ist. Bewaffnete Zusammenstöße zwischen albanischen und serbischen paramilitärischen Gruppen um die Kontrolle des Territoriums wären wahrscheinlich. Die ersten Opfer wären die Bewohner kleiner serbischer Enklaven im Süden des Kosovo. Tausende von ihnen sitzen bereits jetzt auf gepackten Koffern. Aus der Enklave Gracanica sind in den vergangenen Tagen bereits die ersten Roma-Familien Richtung Serbien aufgebrochen.

Die neue Krise auf dem Balkan wird zwar von lokalen Akteuren ausgetragen. Und falls es zu Gewalt kommt, wird wieder schnell vom „tausendjährigen Hass“ der Balkanvölker die Rede sein. Aber nichts kann darüber hinweg täuschen, dass der aktuelle Konflikt in hohem Maße eine Folge der Politik der „internationalen Gemeinschaft“ ist. Ein Problem liegt dabei in der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates, mit der im Juni 1999 das Nato-Bombardement Serbiens beendet wurde. Dieses Dokument garantiert die „territoriale Unversehrtheit“ der Bundesrepublik Jugoslawien, dessen Rechtsnachfolger Serbien ist. Kosovo wird eine „substantielle Autonomie“ eingeräumt, keinesfalls aber die Unabhängigkeit.

Im offenen Gegensatz zu diesen im Konsens der Vetomächte gefassten Beschlüssen agiert seit 1999 allerdings die UN-Verwaltung des Kosovo (UNMIK). In konsequenten Schritten wurden nicht nur albanisch dominierte Selbstverwaltungsorgane aufgebaut und mit wachsenden Kompetenzen

ausgestattet. UNMIK-Funktionäre wie der derzeit amtierende Chef der Übergangsverwaltung, der Deutsche Joachim Rucker, versprechen seit Jahren auch die „Lösung der Statusfrage“ und meinen damit ausdrücklich die Unabhängigkeit. Anfang Juni erklärte auch US-Präsident George W. Bush auf Stippvisite in Albanien Hauptstadt Tirana, die Zeit für Kosovos Unabhängigkeit sei „jetzt“.

**Die Kosovo-Albaner wollen die Unabhängigkeit vorbei am UN-Sicherheitsrat unilateral erklären. Mit diesem Vorgehen ist auf dem Balkan ein ernster Konflikt vorprogrammiert.**

Diese Vorwegnahme des Ergebnisses durch die UN-Funktionäre und hohe US-Politiker hat zur Blockade der Verhandlungen geführt. Denn Pristina war von Beginn an zu keinem Zeitpunkt gezwungen, sich ernsthaft über mögliche Kompromisse Gedanken zu machen. Mit starken Freunden im Hintergrund konnte sich die Delegation der Kosovo-Albaner konsequent weigern, über etwas anderes zu diskutieren als die Unabhängigkeit. Belgrad dagegen konnte mit dem Pochen auf die Resolution 1244 auf einen gültigen Rechtsakt und die Prinzipien des Völkerrechts verweisen.